

CDU im Kreistag des Rhein - Neckar-Kreises

Haushaltsrede 2008 Bruno Sauerzapf

Besonderheiten 2008

Jeder Haushalt des Rhein-Neckar-Kreises hatte bisher seine Besonderheiten. Der Haushaltsentwurf 2008 weist drei besondere Merkmale auf.

1. Besonderheit: Ein warmer Regen für die Kreisfinanzen

Über die öffentlichen Finanzen geht derzeit ein warmer Regen nieder. Die wirtschaftliche und finanzielle Situation war seit Jahren nicht mehr so günstig.

Alle Prognosen gehen in die gleiche Richtung: Der Aufschwung soll sich 2008 fortsetzen. Dies wirkt sich auf den Kreishaushalt 2008 aus. Auswirkungen haben auch die von der Verwaltung und dem Kreistag durchgeführten Maßnahmen zur Entlastung des Haushaltes, die teilweise sehr umstritten waren, sich aber sehr positiv auf die Kreisfinanzen auswirkten.

Bereits 2007 gibt es keine Neuverschuldung. Der Schuldenstand wird 2008 bei erheblichen Investitionen und Investitionszuweisung Höhe von über 50 Millionen € auf unter 100 Mio. € zurückgeführt.

Die Kreisumlage von 35,1 Punkten wollen wir beibehalten und erst ab 2009 senken, denn 2008 kommt der Entschuldung des Kreises absolute Priorität zu.

Die freie Verfügungsmasse für Investitionen steigt auf kaum glaubliche 39,1 Mio. €

Auf einen warmen Regen kann eine kalte Dusche folgen. Auf einen ökonomischen Höhepunkt folgt – wie die Vergangenheit gezeigt hat – eine wirtschaftliche Talsohle. Deshalb ist es das Gebot der Stunde, mit den Finanzen sorgsam umzugehen, möglichst Reserven anzusammeln, notwendige Investitionen ohne neue Verschuldung zu tätigen und die Balance zwischen den Finanzen der Kreisgemeinden und des Rhein-Neckar-Kreises wie bisher auszutariieren.

2. Besonderheit: Gründung des Eigenbetriebs Bau und Vermögen

Für den Haushalt 2008 gibt es eine weitere Besonderheit: Die Gründung des Eigenbetriebs Bau und Vermögen. Hierauf werde ich im weiteren Verlauf noch detaillierter eingehen.

3. Besonderheit: Die demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung wirft ihre Schatten voraus. Auf Antrag der CDU-Fraktion hat die Kreisverwaltung eine sehr gute Ausarbeitung über die zu erwartende demografische

Entwicklung im Rhein-Neckar-Kreis vorgelegt. Danach werden die Schülerzahlen bis 2025 um rund 20 % sinken. Hingegen wird die Zahl der älteren Mitbürger von 65 – 80 Jahren um 18 % und die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre sogar um 70 % anwachsen.

Diesen Entwicklungen müssen wir Rechnung tragen. Wir legen heute die Grundsteine für die Lebensbedingungen der folgenden Generationen. Es stellen sich vier Fragen:

1. Welche Herausforderungen wird die wachsende Zahl der Alleinerziehungen an uns stellen? Ist unsere Kinderbetreuung optimal?
2. Wie wird sich die Zahl der Berufs- und Sonderschüler verändern? Sind wir gerüstet?
3. Wie werden sich unsere Gesundheitseinrichtungen entwickeln? Welche Anforderungen müssen unsere Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen erfüllen?
4. Welche Verkehrsmittel werden künftig genutzt werden? Wie müssen sich Straßenbau und ÖPNV weiter entwickeln?

Unter diesen Entwicklungstendenzen steht der Kreishaushalt 2008 auf dem Prüfstand.

Quo Vadis Kreisumlage ?

Die Kreisumlage ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger ein unbekannter Begriff. Sie wird aus den Gemeindehaushalten finanziert. Zumeist mit Beträgen, die das Aufkommen der Grundsteuer weit übersteigen. Wie ich bereits erwähnt habe, soll die Kreisumlage auf der gleichen Höhe bleiben. Wir haben stets die Meinung vertreten, dass es einen Kompromiss zwischen der Aufgabenerfüllung des Kreises und der Belastung der Kreisgemeinden geben muss. Nach der erneuten deutlichen Verbesserung der Zuführungsrate wäre es möglich, die Kreisumlage zu senken.

Eine Senkung ohne Schuldenabbau würde jedoch künftige Haushalte des Rhein-Neckar-Kreises belasten. Jetzt haben wir jedoch die Chance, die Verschuldung auf unter 100 Millionen € zurückzuführen. Damit entlasten wir künftige Generationen. Deshalb akzeptieren wir für das Jahr 2008 wir noch einmal den Hebesatz von 35,1 %. Wir erwarten jedoch auf Grund der voraussichtlich stark wachsenden Steuerkraftsummen der Kreisgemeinden, die sich 2007 bereits abzeichnet und der Kreisumlage 2009 zugrunde liegen, im Jahre 2009 aus heutiger Sicht eine deutliche Senkung des Hebesatzes.

Die Verwaltungsreform hat sich bewährt

Nahezu alle Stellungnahmen, die in der Landtagsdrucksache „Evaluierung der Verwaltungsreform“ niedergeschrieben sind, beweisen den Erfolg der Verwaltungsreform, die die Strukturen der Landesverwaltung grundlegend verändert hat. Wir haben diese Reform von Anfang an nachhaltig begrüßt und unterstützt. Bei den derzeit diskutierten Evaluierungsverfahren ist die Überlegung, die Schulaufsichtsverwaltung wieder auszugliedern, problematisch, weil sie sich beim Rhein-Neckar-Kreis bewährt hat. Allerdings – so Berichte aus anderen Stadt- und Landkreisen – haben die notwendigen Kooperationen zwischen verschiedenen Kreisen und Städten kaum oder überhaupt nicht stattgefunden. Vermutlich wird der Landesgesetzgeber deshalb Ausgliederung beschließen. Dies wird neue Probleme mit sich bringen.

Die Verzahnung der Jugendhilfe mit der Jugendsozialarbeit hat sich in unserem Kreis überaus bewährt. Die bisherige Kooperationsstruktur muss auch nach einer evtl. Ausgliederung erhalten bleiben.

Die Lebensmittelkontrolle ist beim Landkreis richtig angesiedelt. Wir unterstützen deshalb Forderungen des Landkreistages, die Ausbildungskapazitäten und die Zahl der Stellen in diesem Bereich deutlich zu erhöhen.

Kinderbetreuung ist eine Zukunftsaufgabe

Die Anzahl der Kinder wird weiter abnehmen und die Zahl der Haushalte mit Einzelkindern wachsen. Die Berufstätigkeit der Eltern und die Erfordernis, den Kindern soziale Erfahrungsräume zu schaffen, macht die Ganztagsbetreuung in Kindergärten und die Betreuung der Kleinkinder unter 3 Jahren immer wichtiger.

Auch die Entwicklung der Arbeitswelt wird dazu beitragen, dass immer mehr Frauen Berufe ergreifen werden. Die Vereinbarung von Familie und Beruf erfordert neue Wege.

Diese gesellschaftspolitische bedeutsame Zielsetzung wird von nahezu allen befürwortet. Unausgewogen ist jedoch – wer hätte es anders erwartet? - die Finanzierung dieser neuen und wichtigen Aufgabe. Der Bund stellt nach der Bund-Länder-Vereinbarung 2,15 Mia. € für Investitionen und ansteigend von 100 Mio. € für 2009 bis 2014 auf 770 Mio. € für die jährlichen Betriebskosten zur Verfügung. Die Berechnungen der kommunalen Verbände gehen von 3 Mia. € Investitionskosten und 3 Mia. € jährlichen Betriebskosten aus.

Für den Ausbau und die Finanzierung der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren wurde im Zusammenhang mit der Hartz- IV-Gesetzgebung eine Entlastung von 2,5 Mia. €versprochen. Beim Rhein-Neckar-Kreis kam kein Cent an – im Gegenteil Hartz IV belastet uns immer noch mit 8 Mio. € Und zwar Jahr für Jahr.

Der Rechtsanspruch für die Betreuung der Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr wird die Leistungskraft der Kommunen über Gebühr in Anspruch nehmen. Wir fordern im Gleichklang mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Landesbeteiligung von einem Drittel der Betriebskosten. Dies darf jedoch nicht aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs erfolgen. Der Finanzrahmen muss auskömmlich sein und darf die kommunale Seite nicht überfordern.

Denn für die Einrichtungen sind sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebskosten die Gemeinden zuständig.

Der Rhein-Neckar-Kreis ist bei der Kinderbetreuung auf einem guten Weg, denn mittlerweile stehen bereits 20 % der geforderten Plätze zur Verfügung.

Fazit: Bei der vorrangigen Aufgabe der Kinderbetreuung sind wir auf einem guten Weg, der weiterhin vorrangig beschritten werden muss.

Berufs- und Sonderschulen sind gut aufgestellt.

Die demografische Entwicklung wird gravierend in das Berufs- und Sonderschulwesen einschneiden. Die Zahl der Berufsschüler wird nur bis 2012 stabil bleiben. Danach ist mit rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen.

Die Zahl der Berufsfelder und ihre Differenzierung werden zunehmen. Deshalb bleibt die Zahl der Klassen bei abnehmender Schülerzahl zumindest gleich.

Damit die notwendigen flexiblen Organisationsformen entwickelt werden können, sind die Berufsschulzentren auszubauen. Sie allein sind in der Lage, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen.

Dass der Kreis diese Schwerpunktaufgabe wahrnimmt, beweisen die Investitionszuweisungen an den Eigenbetrieb Bau und Vermögen in Höhe von 17,3 Mio. für die Erweiterung des Berufsschulzentrums Schwetzingen, die Erweiterung der Helen-Keller-Schule in Weinheim und die Martinsschule in Ladenburg. Denn auch die Zahl der Behinderten – insbesondere der Mehrfachbehinderten – wird zunehmen. Zudem werden die Behinderten dank des

medizinischen Fortschritts immer älter. Für ihre berufliche und soziale Integration schafft der komplette Neubau der Martinsschule sehr gute Voraussetzungen.

Fazit: Unser Schulwesen ist für die Zukunft gerüstet.

Mobilität ist Lebensqualität

Die Mobilität der Menschen nimmt immer mehr zu. Öffentlicher Personenverkehr und Individualverkehr sind keine Gegensätze, sondern notwendige, einander ergänzende Bestandteile eines integrierten Verkehrssystems. Der Rhein-Neckar-Raum benötigt zur Erhaltung seiner Wirtschaftskraft den weiteren Ausbau des ÖPNV mit einem attraktivem, das heißt pünktlichem, schnellem und preiswertem Angebot und den Bau von Umgehungs- und Entlastungsstraßen. Wir sind auf dem guten Weg, dieses Verkehrskonzept zu realisieren.

Der Haushaltsentwurf 2008 trägt dem Rechnung.

Durch das wettbewerbliche Vergabeverfahren der Bündelung bei Buslinien wurden 1,7 Mio. € eingespart. Weitere Linien stehen 2008 zur Vergabe an. Auch hier erwarten wir durch mehr Wettbewerb wirtschaftlichere Konditionen. Weil der Gesamtzuschuss gedeckelt ist, nähern sich die Kreiszuschüsse immer mehr der Zuschussgrenze von 50 % der Aufwanddeckungsfehlbeträge.

Die 1. Stufe der S-Bahn ist auf die Schienen gesetzt und läuft ... und läuft ... und läuft immer besser. Der Zuwachs an Fahrgästen betrug auf der Strecke Heidelberg-Karlsruhe beispielsweise über 100 %. Die Planungsdaten und Baukosten zum Ausbau der Elsenz- und Schwarzbachtalbahn und der 2. Stufe mit dem nördlichen und südlichen Streckenabschnitt an der Bergstraße und die Beteiligung an den Planungskosten der Stadtbahn Heilbronn-Nord und die Bahnhofsneubauten in Hemsbach und Oftersheim werden gefördert. Der Investitionszuschuss von Kreis und Gemeinden beläuft sich auf insgesamt 47 Mio. € Die Investitionskosten werden weit die 150 Millionen-Grenze übersteigen.

Die großen Vorhaben beim Straßenbau nehmen zunehmend Gestalt an. Der Haushalt 2008 enthält wichtige Schritte für den Straßenbau.

Der Tunnel Neckargemünd ist bereits teilweise hergestellt. Allerdings müssen die erheblichen Kostenerhöhungen noch sehr intensiv geprüft werden. Der Zuschussgeber Land ist dabei mit uns in einem Boot. Mit dem Bau der Verbindung zwischen der „Schwarzen Brücke“, und der L 598 in Sandhausen der Kreisverbindungsstraße Hemsbach-Weinheim-Laudenbach wurde bereits begonnen. Der Weiterbau der Kreisstraße Weiler-Waldangelloch und der Erwerb der

Straßenmeistereien Neckarbischofsheim und Eberbach werden finanziert. 1,7 Mio. € werden für die Unterhaltungsmaßnahmen unsere Straßen ausgegeben. Insgesamt stehen knapp 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Fazit: Wir entwickeln konsequent ein integriertes zukunftssträchtiges Verkehrskonzept.

Bau- und Vermögen - unser neuer Eigenbetrieb

Der neue Eigenbetrieb ist damit beauftragt, bei der Bewirtschaftung unserer Einrichtungen und der Entwicklung eines kreisweiten Energiemanagements die technischen Aufgaben im Hoch- und Tiefbau zu bündeln. Dies bedeutet einen deutlichen Umbau bei der Kreisverwaltung. Dieser muss gleichzeitig mit der bereits geplanten Neustrukturierung erfolgen. Der Erfolgsplan des Eigenbetriebs mit den laufenden Ausgaben und Einnahmen beläuft sich auf knapp 30 Millionen €. Der Vermögensplan wird im Wesentlichen von den Zuführungen aus dem Kernhaushalt ohne Kreditaufnahme finanziert.

Der Löwenanteil der Investitionen des Kreises läuft künftig über den Eigenbetrieb, 2008 immerhin 43,8 Mio. €

Wir erwarten von diesem Eigenbetrieb, dessen Gründung auf einem Antrag der CDU-Fraktion basiert, mehr betriebswirtschaftliche Effizienz.

Wir erwarten ebenso, dass das Ergebnis des Eigenbetriebs sich nicht negativ auf die Kreisumlage auswirkt.

Diese Erwartungen haben Konsequenzen in vielerlei Hinsicht, welche sich jetzt zwar bereits andeuten, die uns und auch der Kreisverwaltung jedoch im Detail noch sehr viel deutlicher werden, wenn Praxiserfahrung den Einzug hält. Dennoch unterstützt die CDU-Fraktion auch weiterhin dessen Gründung und Einführung.

Wir weisen jedoch auf einige Besonderheiten hin, die sich mit der besagten Praxiserfahrung klären müssen und welche auch Hausaufgaben für die Kreisverwaltung und hier insbesondere für die ab 01.01.2008 im Amt befindliche Betriebsleitung darstellen:

- Die Abgrenzung der Zuständigkeiten der verschiedenen Kreisausschüsse muss noch weiterhin deutlicher geklärt werden. Zwar ist die Abgrenzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses zum „Betriebsausschuss“ mittels Satzung festgelegt worden, jedoch hat auch der Ausschuss für Soziales, Schulen und Kultur maßgeblichen

Einfluss, insbesondere im Bereich des Baus und der Unterhaltung der vielen Kreisschulgebäude.

- Ebenso einflussreich ist der Ausschuss für Umwelt und Technik, welcher insbesondere beim Bau und der Unterhaltung im Bereich der Kreisstraßen maßgeblich mitentscheidet. Ob der Betriebsausschuss demnach in erster Linie die kaufmännische Abwicklung im Bereich des Eigenbetriebswesens abhandelt oder auch in anderen Bereichen mitredet oder evtl. sogar das entscheidende Gremium darstellt, sollte bezüglich der Betriebsabläufe noch detaillierter klargestellt werden.

Wir gehen davon aus, dass die Betriebsleitung im Rahmen ihres Berichtswesens erste Kennzahlen wie:

- an den Haushalt verrechnete Miete je qm Nutzfläche
 - Betriebskosten je qm Nutzfläche je Schulzentrum im Vergleich
 - oder das Ergebnis der im Wirtschaftsplan beschlossenen Energieeinsparmaßnahmen
- darstellen wird und dann so aufwändige Energieberichte, wie wir sie zur Jahresmitte 2007 erhalten haben, entbehrlich machen.

Ohne großen Aufwand dürfte auch die Kennzahl Nutzflächen je Schüler im jeweiligen Schulzentrum darstellbar sein und so einen Qualitätsnachweis – auch in der zeitlichen Entwicklung - aufzeigen.

Letztlich ist in den Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis und seinem Eigenbetrieb auch zu berücksichtigen, dass hierdurch ehemals kalkulatorische Kosten des Kreishaushalts nun zu Miet-, Pacht- oder Kostenerstattungszahlungen werden, welche die Finanzsituation des Kreises auch im Sinne des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens sehr viel deutlicher darstellen, insbesondere im Bereich des Werteverzehrs. Jedoch ist in den Finanzbeziehungen des Landkreises und der Gemeinden zu berücksichtigen, dass nach dem aktuellen Gesetzentwurf der Landesregierung die kalkulatorischen Kosten nicht kreisumlagefähig sein sollen.

Demnach ist der Werteverzehr selbständig zu finanzieren. Sobald die Endversion des Neuen Haushaltsrechts durch den Landtag beschlossen ist, sind Auswirkungen für die Kreisumlage sowie deren Ermittlung zu eruieren und auch Konsequenzen bzgl. der Anerkennung von Zahlungen an den Eigenbetrieb mit einzubeziehen.

Die CDU-Fraktion wünscht dem neuen Eigenbetrieb „Bau und Vermögen“ und insbesondere seinem Betriebsleiter Herrn Obländer viel Erfolg und ein „glückliches Händchen“. Unser Ziel sollte es sein, diesen Eigenbetrieb zu fördern und ihn selbst beim Auftreten von Einzelproblemen im Verlauf der nun anstehenden Praxisphase nicht in Frage zu stellen, sondern uns an der Lösung dieser Probleme aktiv zu beteiligen.

Konzern Rhein-Neckar-Kreis

Der Konzern Rhein-Neckar-Kreis ist gut aufgestellt, was die Ergebnisse und die Struktur unserer Gesellschaften beweisen.

Positive Meldungen vernehmen wir derzeit von den Abfallwirtschafts-Gesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises.

Mit der Stadt Mannheim und ihren Gesellschaften wurde durch geschickte Verhandlungen des Landrats und des Geschäftsführers Alfred Erhard zunächst eine zufriedenstellende Lösung gefunden.

Über die weiteren Konsequenzen aus dem ZARN-Vertrag werden wir heute gesondert beschließen.

Wir haben derzeit nicht nur Gebührenstabilität, sondern eine leichte Gebührensenkung. Diese Senkung ist im wesentlichen auf die von CDU, FWV und FDP getragene Entscheidung zurückzuführen, ggf. sich von der Verbrennung in Mannheim zu trennen und darüber mit unserem Partner konsequent über die Höhe der Verbrennungspreise zu verhandeln.

Die aufkommensgerechte Verteilung der Entsorgungsgebühren ist für uns der Prüfstein der Gebührenstruktur. Unsere Gebührensysteme werden deshalb ständig weiterentwickelt.

Durch die privatwirtschaftlichen Aktivitäten der AVR werden erhebliche Deckungsbeiträge für unsere Gebührenzahler erwirtschaftet.

Neue Geschäftsfelder werden durch die angestrebte Nutzung wieder verwendbarer Energieträger erschlossen. Denn bei der Abfallwirtschaft ist entscheidend, die Entwicklung sorgfältig zu beobachten und rechtzeitig zu handeln. Dafür geben die AVR und ihre Tochtergesellschaften und ihr neuer hauptamtlicher Geschäftsführer Alfred Erhard mit seinem Kollegen Rehberger beste Gewähr.

Fazit: Die Abfallwirtschaft des Rhein-Neckar-Kreises ist zukunftsfähig.

Unsere Gesundheitseinrichtungen

Viele Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Unsere Gesundheitseinrichtungen sind dagegen auf Kurs. Verlustzuweisungen gehören mittlerweile der Vergangenheit an. Strukturen wurden verändert. Die Gesundheitseinrichtungen sind für künftige Entwicklungen gerüstet. Wir sind mit der bisherigen Entwicklung der GmbH, deren Gründung übrigens auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückzuführen ist, sehr zufrieden.

Stillstand bedeutet Rückschritt. Unsere Einrichtungen müssen sich ständig auf neue Herausforderungen einstellen.

Denn die Zahl der Menschen über 65 Jahre und der Hochbetagten über 80 Jahre wird deutlich zunehmen. Dadurch nehmen die altersbedingten Krankheiten zu. Dies wird mittel- bis langfristig zu einer längeren durchschnittlichen Verweildauer in Krankenhäusern führen.

Dadurch werden Überschneidungen zwischen der Versorgung im Krankenhaus, in den Reha-Einrichtungen und bei den Pflegeheimen entstehen. Neue Behandlungsmethoden werden zusätzlichen Anforderungen an die Einrichtungen stellen. Die Kurzzeitpflege wird zunehmen und der Betreuungsbedarf steigen. Der Rhein-Neckar-Kreis muss auch weiterhin an der Kombination Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen und Pflegeheimen für besonders Hilfsbedürftige festhalten.

Die Verlagerung der Reha-Klinik Hockenheim an das Krankenhaus Schwetzingen erweist sich immer mehr als die einzig richtige Entscheidung. Durch den Aus- und Neubau dieser Einrichtungen und die Gründung des GRN wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Anforderungen der Zukunft geschaffen.

Der Bau und der Betrieb von Pflegeheimen mit Ausnahme der Schwerpunkteinrichtungen in Weinheim und Sinsheim müssen auch künftig vorrangig in den Händen von kirchlichen, karitativen und sozialen Organisationen oder Privaten liegen. Deshalb ist es richtig, die Privatisierung des Pflegeheims in Schriesheim weiter zu forcieren, zumal es sich hier um keine gesetzliche Verpflichtung handelt.

Wichtig ist dabei die öffentliche Kontrolle, die durch unsere Heimaufsicht gewährleistet wird. Heute präsentieren sich die Gesundheitseinrichtungen in einem guten Zustand. Die Budgets werden 2007 und 2008 ausgeglichen sein. Betriebskostenzuschüsse des Rhein-Neckar-Kreises sind nicht notwendig.

Dies ist auch aus Ausfluss der von der CDU, der FWV und der FDP getragenen Entscheidung über die Einführung der 40-Stunden-Woche, durch die der Überstundenüberhang abgebaut werden konnte.

Die Konzeption der Gesundheitseinrichtungen wird ständig den neuen Anforderungen zukunftsorientiert angepasst. Durch permanente Investitionen werden die räumliche und technische Ausstattung den neuesten Standards gerecht.

Fazit: Die Gesundheitseinrichtungen sind für die künftigen Anforderungen gut aufgestellt.

Hat der Rhein-Neckar-Kreis die Weichen für die Zukunft richtig gestellt?

Ich habe zu Beginn die Frage aufgeworfen, wie sich die demografische Entwicklung der Bevölkerung im Haushalt 2008 unseres Kreises widerspiegelt. Wir kommen dabei zu folgenden Ergebnissen:

- Bei der vorrangigen Aufgabe der Kinderbetreuung sind wir auf einem guten Weg, der weiterhin vorrangig beschritten werden muss.
- Unsere Berufs- und Sonderschulen sind für die Zukunft gerüstet.
- Die Gesundheitseinrichtungen sind für die künftigen Anforderungen gut aufgestellt.
- Wir entwickeln konsequent ein integriertes zukunftsträchtiges Verkehrskonzept, denn Mobilität ist Lebensqualität.
- Die Abfallwirtschaft des Rhein-Neckar-Kreises ist zukunftsfähig.
- Die Eingliederung der bisherigen Sonderbehörden ist gelungen, es wird sehr ordentlich gearbeitet.

Fazit: Wir sind für die künftigen Anforderungen gut aufgestellt.

Dank an die Verwaltung und besonders an Alfred Erhard

Der Haushalt ist ein abstraktes Zahlenwerk. Es sind jedoch die Menschen, die ihn mit Leben erfüllen. Deshalb ein dreifacher Dank.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises, des GRN und der AVR, die dafür sorgen, dass auch wir Kreisräte unsere Aufgaben erfüllen können.

Wir danken allen Fraktionen für die gute und kollegiale Zusammenarbeit. Wesentliche Entscheidungen wurden gemeinsam getragen. Die CDU-Fraktion wird das Ihre tun, damit es so weitergeht.

Wir danken allen, insbesondere dem Landrat und dem Kreiskämmerer, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes beteiligt waren.

Einen ganz besonderen Dank sprechen wir dem Kreiskämmerer Alfred Ehrhard aus. Alfred Erhard hat als Steuermann und als Verantwortlicher für die Finanzen des Rhein-Neckar-Kreises die Kreisfinanzen jahrzehntelang über Untiefen hinweg und an Klippen vorbei geführt. Der Konzern Rhein-Neckar-Kreis mit seinen Gesellschaften trägt – natürlich gemeinsam mit dem Kreistag und dem Landrat – seine Handschrift. Alfred Erhard hat dazu beigetragen, den Rhein-Neckar-Kreis zukunftsfähig zu gestalten. Für diese Leistungen außerordentlichen Leistungen danken wir ihm.

Er scheidet mit dem 31. Dezember 2007 aus seinem Amt als Finanzdezernent aus.

Er bleibt jedoch dem Konzern Rhein-Neckar-Kreis als Geschäftsführer der wichtigen Gesellschaften der Abfallwirtschaft erhalten. Wir freuen uns dabei auf die weitere sehr gute Zusammenarbeit.

Wir stimmen dem Haushalt 2008, der Feststellung des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb Bau und Vermögen, dem Haushaltsplan der Freiherr-von-Ulner'schen-Stiftung und allen Beschlussvorschlägen zu.